

Stand: 23.02.2026 01:24:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6156

"Shopping-Abende unbürokratisch ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/6156 vom 05.02.2020
2. Beschluss des Plenums 18/6395 vom 06.02.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 39 vom 06.02.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Shopping-Abende unbürokratisch ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Ankündigung des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, den Gemeinden in Bayern die Öffnung von Verkaufsstellen bis längstens 24 Uhr an vier, mindestens jedoch zwei Werktagen im Jahr ohne Anlass zu ermöglichen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung infolge dessen dazu auf, einen Gesetzentwurf für ein Bayerisches Ladenöffnungsgesetz vorzulegen, das die in Bayern geltende Rechtslage aus dem Ladenschlussgesetz des Bundes zumindest dahingehend verändert.

Begründung:

Bayern verfügt als einziges Bundesland immer noch über kein modernes Ladenöffnungsrecht. Die FDP-Landtagsfraktion hält diesen Zustand für nicht hinnehmbar. Wir haben daher bereits in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Schaffung eines bayerischen Vollgesetzes beantragt, dem sich alle Fraktionen verweigert haben.

Doch auch unabhängig von divergierenden Vorstellungen über die allgemeinen Ladenöffnungszeiten und die Notwendigkeit, die Rechtslage in Bayern endlich zu modernisieren, führt das Fehlen eines bayerischen Gesetzes zu erheblichen Problemen.

Auch kleine Änderungen im Ladenschlussrecht sind in Bayern ohne ein eigenes bayerisches Gesetz nicht möglich.

Der für das Ladenschlussrecht zuständige Staatsminister und stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger kündigt währenddessen an, künftig sogenannte Shopping-Abende an „vier, mindestens zwei“ Werktagen unbürokratisch zu ermöglichen. Mit diesem Versprechen trat er nicht zuletzt beim Neujahrsempfang des Handelsverbands Bayern auf. Es wird Zeit, dass endlich Bewegung in die Blockadehaltung beim Ladenschlussrecht kommt. Die Versprechungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten müssen daher schnell umgesetzt werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/6156

Shopping-Abende unbürokratisch ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Andreas Schalk

Abg. Martin Hagen

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Johann Häusler

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Ralf Stadler

Abg. Annette Karl

Staatsminister Hubert Aiwanger

Staatsministerin Carolina Trautner

Abg. Julika Sandt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Shopping-Abende unbürokratisch ermöglichen (Drs. 18/6156)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Alexander Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Freilich ist in unserem heutigen Dringlichkeitsantrag nicht all das enthalten, was wir von einer modernen bayerischen Ladenschlussgesamtkomposition und -regulung erwarten. Was wir im Kern wollten und immer noch wollen, haben wir zuletzt diskutiert. Das hat leider keine Mehrheit gefunden. Was wir Ihnen jetzt vorstellen, ist auch die Anerkennung dessen, was der bayerische Wirtschaftsminister zum Thema gesagt hat.

Wir waren der Meinung, dass sich bei diesem Thema gar nichts bewegen würde. Kolleginnen und Kollegen, die zuletzt auf dem Neujahrsempfang des Handelsverbandes Bayern waren, haben eine Ankündigung des bayerischen Wirtschaftsministers nach einer neuen Bewertung der Situation des Handels vernommen. Es solle eine Analyse der Konkurrenzsituation und der Herausforderung durch den Onlinehandel geben. Der Wirtschaftsminister hat sich auch zur möglichen politischen Begleitmusik geäußert, um die Wettbewerbsfähigkeit des Handels zu verbessern. Auf dieser Veranstaltung ist er auch auf die Event-Abende zu sprechen gekommen. Er war der Meinung – und er hat diese laut, deutlich und vernehmlich präsentiert –, dass der Handel Erleichterungen bei der Durchführung der Event-Shopping-Abende erfahren solle. Das ist wahrlich auch für die FREIEN WÄHLER keine neue Idee. An die Staatsregierung adressiert: Es gibt durchaus einen Gesetzentwurf aus der 16. Wahlperiode, aus dem man sich ein-

zelne Aspekte noch einmal zu Gemüte führen könnte. Die Aussagen des Ministers waren kein großer Wurf, aber zumindest ein erster Schritt. Wir begrüßen durchaus, dass sich jetzt auch der bayerische Wirtschaftsminister, der den Impuls gegeben und die Initiative angestoßen hat, auf den Weg macht und zumindest einen ersten Schritt in eine Liberalisierung des bayerischen Ladenschlusses tut. Wir unterstützen und begrüßen das. Wir bitten, diese Ankündigung in einem Gesetz umzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Schalk von der CSU-Fraktion.

Andreas Schalk (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man hatte am Anfang durchaus den Eindruck, die FDP trete den Rückzug in Schritten an: Zunächst einmal sollten werktags alle Geschäfte von 0:00 bis 24:00 Uhr geöffnet haben. Jetzt sind wir bei der Forderung von zwei bis vier Shopping-Abenden, wobei bisher bereits ein Shopping-Abend möglich ist. Die FDP ist von ihrer ursprünglichen Forderung durchaus abgerückt. Der Kollege Muthmann hat das bereits ausgeführt. Er hat in seinen Ausführungen auch wieder einmal den Onlinehandel bemüht, dem man etwas entgegensetzen müsse. Man kann hier guten Gewissens auf die Punkte verweisen, die wir zum Thema Ladenschluss schon öfter diskutiert haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass man dem Onlinehandel auch nicht mit längeren Öffnungszeiten dieser Art das Wasser abgraben können wird. In diesem Bereich sind ganz andere Facetten relevant. Das kann jeder, wie bereits erwähnt, in den Protokollen zu den letzten Diskussionen nachlesen.

Gemäß § 23 Absatz 1 des Ladenschlussgesetzes ist bereits ein Shopping-Abend möglich. Für einen weiteren Abend, den die FDP-Fraktion mindestens fordert, ein eigenes bayerisches Ladenschlussgesetz auf den Weg zu bringen, halten wir für etwas unverhältnismäßig. Im Übrigen funktioniert die aktuelle Regelung sehr gut. Die Unternehmen, die Handels- und Gewerbeverbände vor Ort nutzen die Regelung. Die exis-

tierende Handreichung funktioniert. Es gibt ein ausgewogenes Verhältnis im Hinblick auf die familiären und sozialen Belange der Arbeitnehmer. Die Regelung ist akzeptiert. Ich glaube nicht, dass wir mit der von der FDP heute vorgeschlagenen Regelung weiterkommen werden. Wir lehnen den Antrag und den darin geforderten Gesetzentwurf ab. Die aktuell bestehende Regelung funktioniert. Wir sehen keine Notwendigkeit, in diese Richtung weiterzumachen. Man kann davon ausgehen, dass es bei der FDP sowieso nur ein erster Schritt in eine Richtung ist, die wir grundsätzlich ablehnen. Das haben wir in vergangenen Diskussionen bereits mehrfach thematisiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Martin Hagen von der FDP gemeldet. Herr Hagen, bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Schalk, die FDP beantragt heute, dass der Bayerische Landtag die Ankündigung des bayerischen Wirtschaftsministers begrüßt. Sie lehnen das jetzt ab. Der bayerische Wirtschaftsminister hat beim Handelsverband erklärt, er sei für mehr verkaufsoffene Abende. Ist dies dann nicht die Position der Regierung, sondern eine Privatmeinung? Gilt das Wort des Ministers einfach nicht?

(Beifall bei der FDP)

Andreas Schalk (CSU): Ich habe das Wort des Ministers nicht gehört. Ich kann nur vernehmen, dass in der Koalition die Beschlusslage besteht, kein eigenes bayerisches Ladenschlussgesetz auf den Weg bringen zu wollen. An diese Beschlusslage sehe ich mich ehrlicherweise gebunden. Wenn Sie Fragen an den bayerischen Wirtschaftsminister haben, dann rate ich Ihnen, sie ihm direkt zu stellen. Ich kann an dieser Stelle nicht für ihn antworten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon richtig, dass wir in Bayern ein Ladenschlussgesetz brauchen. Einige Themen müssen geregelt werden und brauchen Rechtssicherheit, wie zum Beispiel die vier verkaufsoffenen Sonntage im Jahr. Dieses Thema führt in den Kommunen immer wieder zu Konflikten. Wir müssen eine Grundlage schaffen, damit Rechtssicherheit herrscht. Allerdings wundere ich mich, dass die FDP heute das Thema "Shopping-Abende unbürokratisch ermöglichen" aufruft. Das ist nur ein Aspekt aus einem sehr komplexen Themengebiet und wird ihm in keiner Weise gerecht. Das zeigt einmal mehr die Oberflächlichkeit, mit der an ernsthaften Themen gearbeitet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich ist es auch nicht zu fassen, dass Sie wirklich keine anderen Sorgen als Shopping-Abende haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexandra Hiersemann (SPD): Jawohl! – Martin Hagen (FDP): Welche Sorgen haben Sie denn?)

– Herr Hagen, das kann ich Ihnen erzählen. Ich habe gestern beobachtet, dass Sie von einem Jubelfoto mehr als zwei Stunden gebraucht haben zu einer – –

(Martin Hagen (FDP): Haben Sie etwas dazu beantragt? – Horst Arnold (SPD): Sie haben nach den Sorgen gefragt; jetzt muss die Dame Auskunft geben – Informationsfreiheit!)

– Sie haben mich nach meinen Sorgen gefragt. Außerdem sprechen wir über einen Dringlichkeitsantrag. Ich stelle die Dringlichkeit Ihres Antrages definitiv in Frage. Ich habe beobachtet, dass Sie von einem Jubelfoto zu einer etwas gemäßigeren Aussage zwei Stunden brauchen. Nach einer Nacht wird es dann noch etwas eindeutiger, und wenn heute Herr Lindner in Erfurt war und mit den Kollegen gesprochen hat, dann wird Ihre Position noch klarer. Insgesamt hat die FDP im Thüringer Landtag einen geschlagenen Tag lang gebraucht, um wieder eine Haltung in dieser Situation zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Hagen (FDP): Das Thema war Shopping-Abende!)

Sie hat die Auflösung des Landtags in Thüringen beantragt.

(Martin Hagen (FDP): Shopping-Abende war das Thema!)

Die Frage ist, ob das Thema wirklich für einen Dringlichkeitsantrag geeignet ist. Zu Ihnen möchte ich einfach sagen: Über Shopping sprechen wir an einem solchen Tag nicht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Martin Hagen (FDP): Sondern über die Schweinehaltung!)

Wir fragen uns, wieso die FDP bei Jamaika im Bund kneift und sich dann in Thüringen mit den Stimmen der AfD wählen lässt. Das ist eine Schande.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der FDP – Martin Hagen (FDP): Eine ganz kleine Münze! Reden wir über Windparks wie bei Herrn Lanz!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke sehr. – Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kommen wir zum Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion zurück. Die FDP-Fraktion beantragt längere Öffnungszeiten und betitelt ihren Antrag mit "Shopping-Abende". Um dieses Ziel zu erreichen, will sie ein bayerisches Ladenschlussgesetz installieren. Aber vielleicht erinnern wir uns, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Am 10. Dezember – vor genau acht Wochen – hat sich der Bayerische Landtag mit dem Gesetzentwurf der Freien Demokraten zur Einführung eines bayerischen Ladenschlussgesetzes auseinandergesetzt. Kollege Muthmann hat eben gesagt, dass dieser Antrag nicht der große Wurf sei, sondern lediglich der verzweifelte Versuch, ein bisschen etwas an Erinnerungskultur aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Bayerische Landtag hat in großer Einmütigkeit jenseits der FDP diesen Antrag entsprechend bewertet und schließlich abgelehnt. Worum ging es damals? – Es ging um längere Öffnungszeiten und anlassbezogene zusätzliche zwei Sonntage. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat dies damals abgelehnt. Warum? – Wir haben es abgelehnt, weil wir sagten – das gilt nach wie vor –, wir wollen keine Ausweitung der Öffnungszeiten und keine zusätzliche Sonntagsarbeit. Die Gründe dafür sind ganz einfach: Es geht darum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Deren Aufrechterhaltung ist ein ganz hohes Gut. Auch die Akzeptanz der Ladenbesitzer war hier im Bayerischen Landtag wahrzunehmen. 80 % der Besitzer von familiengeführten Läden wollten diese Regelung nicht. Im Übrigen ist es auch dem Respekt vor den Personen geschuldet, die die Arbeit zu leisten hätten. Es sind zwischen 70 und 80 % Verkäuferinnen, die dann um Mitternacht unterwegs sein müssten.

An diesen Gründen hat sich in den letzten acht Wochen überhaupt nichts geändert. Deshalb ist auch dieser Antrag, der im Übrigen fürchterlich undifferenziert ist, abzulehnen. Wir wollen zwei bis vier – einen haben wir schon! – Tage zusätzlich einführen. Dafür ein komplettes bayerisches Ladenschlussgesetz auf den Weg zu bringen, dessen Entwurf vor acht Wochen noch gescheitert ist, ist nicht verhältnismäßig. Deshalb werden wir konsequenterweise auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe es übrigens schon am 10. Dezember an dieser Stelle gesagt, dass wir uns keiner gesellschaftlich motivierten Modifikation verschließen. Das ist nicht das Thema. Aber ich habe auch gesagt – das gilt heute genauso wie damals –, dass wir dazu einen breiten gesellschaftlichen Konsens brauchen. Dies gilt für alle Beteiligten, sowohl für die Betroffenen als auch die Sozialpartner. Diese Voraussetzungen liegen dem heutigen Dringlichkeitsantrag einfach nicht zugrunde. Deshalb sagen wir ganz konsequent Nein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einem Geschäftsordnungsantrag hat sich der Kollege Fischbach von der FDP-Fraktion gemeldet.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade gehört, dass die Regierungsfaktionen die Position, die der Herr Staatsminister Aiwanger kürzlich geäußert hat, nicht unterstützen. Deshalb wollen wir jetzt nach § 176 der Geschäftsordnung beantragen, dass der Herr Minister ins Plenum zitiert wird, um hier Rede und Antwort zu stehen, warum er diese Position einnimmt.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, von einer Fraktion kann ein solcher Antrag gestellt werden. Wir stimmen nun über den Antrag nach § 176 ab. Wer dem Antrag folgen will, dass der Minister in die Sitzung kommt, den bitte ich um Zustimmung. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU und FREIE WÄHLER.

(Zuruf von der SPD: Das ist die Minderheit!)

– Ich sehe, dass die Mehrheit angezweifelt wird. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir einen Hammelsprung. Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen.

(Unruhe – Die Abgeordneten verlassen den Saal)

Meine Damen und Herren, alle Abgeordneten haben den Saal verlassen.

Damit beginnt die Abstimmung. Sie kommen durch die unterschiedlichen Türen herein. Die linke Tür auf der Seite der Opposition ist für die Ja-Stimmen, durch die mittlere Tür kommen die Nein-Stimmen, die Tür auf der rechten Seite ist für die Enthaltungen. Damit ist die Abstimmung eröffnet.

(Abstimmung gemäß § 129 BayLTGeschO)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abgeordneten sind wieder im Saal. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird ermittelt. Ich werde es nachher bekannt geben.

(Unterbrechung von 14:22 bis 14:23 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis zum Geschäftsordnungsantrag zur Herbeirufung des Ministers liegt vor. Mit Ja haben 71, mit Nein 83 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Enthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir fahren mit der Beratung fort. Ich darf darüber informieren, dass der Minister auf dem Weg ins Plenum ist und das Wort ergreifen will. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Schön, dass wir alle da sind. Mit dem vorliegenden Antrag möchte die FDP die Ladenöffnungszeiten in Bayern liberalisieren. Wenn wir über längere Öffnungszeiten sprechen, sprechen wir auch über die Anpassung an einen ruhelosen Zeitgeist, der nicht immer nur Vorteile mit sich bringt. Es stimmt: Bayern hat bislang als einziges Bundesland an Geschäftsöffnungszeiten von 06:00 bis 20:00 Uhr festgehalten, eine Vorgabe, die von Kritikern des Status quo im Hinblick auf den Großraum München als nicht mehr zeitgemäß beurteilt wird, vor allem im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten, wo man mittlerweile rund um die Uhr shoppen kann und wo die Nacht längst zum Tag geworden ist.

Was, oberflächlich betrachtet, einige Vorteile mit sich bringen mag, ist in Wahrheit ein zweischneidiges Schwert; denn wer über längere Öffnungszeiten spricht, muss auch über die wesentlichen Entwicklungen sprechen, die diese Diskussion überhaupt erst

entfacht haben. Das sind zum einen die zunehmende Macht der Online-Versandhändler und zum anderen der Strukturwandel bei den Geschäften selbst. Wir konnten in der Vergangenheit immer mehr beobachten, wie die anfängliche Liberalisierung in eine Monopolisierung übergegangen ist. Aus einer Vielzahl kleiner Läden wurden wenige Großhandelsketten.

Wir beobachten das Wachstum von großflächig errichteten Shopping-Tempeln, während die Innenstädte der kleineren bayerischen Landstädte verwaisen. Meine Damen und Herren von der FDP, ich frage Sie an dieser Stelle: Wollen Sie diesen Trend wirklich weiter fördern? Wollen wir wirklich, dass die Kleinen von den Großen gefressen werden, nur um dann das Finale zwischen dem Online-Angebot und dem konventionellen Angebot mitzuerleben?

Sollten wir dieses Spiel weiterspielen, wird es Tausende Verlierer, aber nur wenige große Gewinner geben. Die Diskussion um verlängerte Ladenöffnungszeiten ist nur die Spitze des Eisbergs. In Wahrheit geht es um die zunehmenden Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land. Was für den Großraum München als sinnvoll und zeitgemäß erscheint, wäre am Ende ein weiterer Schlag für die Menschen auf dem Lande.

(Beifall bei der AfD)

Wer profitiert am Ende? – Wieder einmal die Branchenriesen; denn gerade die würden ihre Türen länger offenhalten und die kleinen Supermärkte damit noch stärker unter Druck setzen. In der Summe wird nicht mehr gekauft, nur weil die Läden länger offen haben. Es wird nur dort mehr gekauft, wo das am bequemsten ist. Machen wir uns nichts vor: Den Kampf um die Bequemlichkeit haben Amazon und Co. bereits längst für sich entschieden. Als Politiker können wir diesen Trend zwar nicht stoppen, wir müssen ihn aber nicht noch zusätzlich befördern. Wir sind allen Menschen im Land verpflichtet und dürfen keine Entscheidungen treffen, die sich einseitig zugunsten der Stadtbevölkerung auswirken würden. Zugegebenermaßen steht auch München unter dem Druck, mit Berlin und anderen Großstädten mithalten. Dieser kleine Nachteil

lässt sich aber in Anbetracht des hohen Lebensstandards, den unsere Landeshauptstadt bietet, leicht verkraften.

Als konservative Partei, die sich für die ländlichen Räume in Bayern einsetzt, sehen wir wenig Nutzen in einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Wir werden deshalb den vorliegenden Antrag der FDP ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Das Thema Ladenöffnungszeiten hat uns in letzter Zeit sehr oft beschäftigt. Die letzten Male ging es um die Sonntagsöffnungszeiten. Lieber Herr Kollege Fischbach, so hat halt jede Partei ihr tägliches Marmeladentier. Ich habe großes Verständnis für diesen Antrag; denn es ist wichtig zu schauen, wie die Position der Regierungsparteien im Verhältnis zu ihrem Minister ist.

Herr Minister Aiwanger hat beim Empfang des Handelsverbands sehr deutlich gemacht, dass er meint, für Sonntagsöffnungen gebe es keine gesellschaftliche Mehrheit. Er habe sich jedoch darum bemüht, bis zu vier Öffnungen bis Mitternacht zu ermöglichen. Ich bin froh und dankbar, dass die beiden Regierungsparteien heute deutlich gemacht haben, dass sie diesem Kurs nicht folgen. Wir müssen gewahr sein – das gilt auch für die Kollegen der FDP –: Hier soll ein Hintertürchen geöffnet werden, um die gesamten Ladenöffnungszeiten peu à peu zu liberalisieren. Wir sagen hier wie auch bei anderen aktuellen Themen: Wehret den Anfängen!

Längere Öffnungszeiten führen erwiesenermaßen nicht zu mehr Verkäufen; denn das Portemonnaie der Kunden wird nicht dadurch dicker, dass die Geschäfte länger geöffnet haben. Es verschieben sich nur die Zeiten, in denen eingekauft wird. Längere Öffnungszeiten sind für Angestellte im Einzelhandel eine große Belastung, vor allem für

die dort beschäftigten Frauen. Es gibt kaum etwas Familienunfreundlicheres, als bis Mitternacht zu arbeiten, wenn man in der Früh schon wieder die Kinder für die Schule herrichten muss. Im Übrigen ist schon jetzt das Shopping am Abend erlaubt. Wir haben es gehört. Jeder Kommune ist es zuzumuten, dies zu beantragen und zu begründen. Deshalb lehnen wir den Antrag der FDP ab.

Ich freue mich, dass Herr Minister Aiwanger gekommen ist, obwohl die Regierungsfaktionen beschlossen haben, dass sie ihn heute zu diesem Thema nicht da haben wollen, wie das die Abstimmung eben gezeigt hat.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir lassen uns doch nicht vorführen oder unseren Minister zitieren!)

Ich denke, wir werden von Ihnen eine Klarstellung erhalten. Wir sind der Meinung: Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, nicht der Kommerz. Deshalb wollen wir keine längeren Öffnungszeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die Staatsregierung hat nun Herr Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie schon die Debatte und das Drumherum zeigen, ist dies ein sehr umstrittenes Thema. Wie gehen wir künftig mit der Situation um, dass der Einzelhandel immer mehr unter Druck gerät, dass der Onlinehandel international immer mehr Fahrt aufnimmt und dass wir immer weniger kontrollieren können, welche Waren zu welchen Bedingungen bei uns ankommen? Wir stellen fest, innerorts und innerstadts setzt ein Einzelhandelssterben ein. Jetzt sind Rezepte gefragt, die nicht Schulterzucken heißen, und es geht auch nicht zu sagen: Es ist eben so; sondern wir müssen überlegen, was man daraus macht, wie man den Einzelhandel stärken und wie man trotzdem Arbeitsplätze sichern und die Arbeitneh-

merrechte, aber auch die Feiertage, die Sonntage schützen kann. Es handelt sich also um einen klassischen Zielkonflikt mit verschiedenen Ansatzpunkten.

Das Thema von vier verkaufsoffenen Sonntagen ist rauf- und runtergewälzt worden. Es gibt Kommunen, die haben zwei verkaufsoffene Sonntage, einige haben drei, einige haben vier, aber immer anlassbezogen und sehr häufig beklagt, mit der Folge, dass so manche Kommune gerne einen Sonntag mehr hätte, den aber nicht durchbekommt. Das wird dann weggeklagt, und daraufhin lassen sie häufig die Finger davon. Verfassungsrechtlich ist es so, dass man die vier verkaufsoffenen Sonntage, was man aus der Einzelhandelsbranche heraus hört, natürlich gerne rechtssicher hätte. So einfach ist es aber gar nicht, das rechtssicher hinzubekommen, selbst dann nicht, wenn Bayern im eigenen Ladenschlussgesetz festlegen würde: Wir wollen vier verkaufsoffene Sonntage ohne Anlass. Das ist dann wieder beklagbar und wackelt und wird übrigens auch von den Kirchen und den Gewerkschaften massiv bekämpft. Insofern ist der Gedanke, andere Wege zum Ziel zu finden, naheliegend.

Ein Weg ist auf alle Fälle das Thema der langen Verkaufsnächte. Sie haben es richtig angesprochen: Die Kommunen können sich eine lange Verkaufsnacht per Antrag genehmigen lassen. Aber auch das steht mit der jetzigen Rechtslage, ohne ein eigenes bayerisches Ladenschlussgesetz, auf teilweise wackligen Beinen. Wenn sie zwei lange Verkaufsnächte wollen, dann geht das quasi nicht. Hier hätte der Gedanke, mit zwei langen Verkaufsnächten diese Tür zu öffnen, den gleichen Effekt, wie wenn wir von zwei auf vier verkaufsoffene Sonntage kämen. Wir umschiffen hier das Thema Sonntag, dadurch haben wir weniger Gegnerschaft und sehr viel Zuspruch aus der Szene der Beschäftigten, aus den Kundenkreisen und aus dem Einzelhandel. Der Weg ist also durchaus denkbar, er ist sinnvoll, für sich genommen aber vielleicht nicht tragfähig genug. Er ist, für sich genommen, ein Insel-Vorschlag.

Wir müssen dieses Thema deshalb noch einmal intensiv mit allen Akteuren abwägen, mit dem Einzelhandel, mit den Kunden, mit der Öffentlichkeit, mit den Kommunen, mit den Kirchen, mit den Gewerkschaften und mit den Parteien. Wir müssen daraus ein

größeres Bündel schnüren, als sich nur an zwei verkaufsoffenen längeren Nächten aufzuhängen, um damit ein eigenes bayerisches Ladenschlussgesetz rechtfertigen zu können. Hier schwingen Dinge mit wie beispielsweise das Thema der Verkaufssortimente in Tourismusregionen. Dort dürfen viele Läden vor Ort offen haben, selbst an Sonntagen, aber nur mit einem sehr beschränkten Sortiment. Der Kunde sagt dann: Wenn du schon offen hast und ich darf bei dir einen Trachtenhut kaufen, warum dann nicht auch die Skihandschuhe dazu? – Das kann natürlich Sinn machen, weil sonst der, der weiter weg ist, sagt: Skihandschuhe, die zum Trachtenhut passen – –

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Also, da werden dann viele sagen: Okay, wie weit reicht eine generelle Öffnung? – Wir hören auch massiv von den Problemen der Blumenhändler an gewissen Tagen, wie beispielsweise dem Muttertag. Sie dürfen dann nur eine sehr begrenzte Stundenzahl offen haben. Die Tankstellen aber dürfen rund um die Uhr offen haben. Der Muttertagsblumengruß riecht dann vielleicht nicht unbedingt nach Benzin, aber er wird in der Tankstelle gekauft, kurz vorm Heimfahren.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ich will keine Rosen, ich will eine Führungsposition haben!)

Der Fachladen darf dann nicht mehr offen haben. Wir hören also von den Blumenläden: Bitte denkt auch an uns, wir wollen an gewissen Tagen ein paar Stunden mehr offen haben. – Insofern gibt es eine Reihe von Punkten, die angesprochen werden müssen.

Natürlich sind wir in der Koalition nicht einer Meinung. Hier handelt es sich um eine Diskussion, die noch nicht zu Ende geführt ist, bei der ständig neue Aspekte und neue juristische Bewertungen hinzukommen. Trotzdem haben wir dieses Thema auf die Tagesordnung einer Arbeitsgruppe im Wirtschaftsministerium gesetzt. In den nächsten Wochen will ich Gespräche führen. Mit dem Einzelhandel bin ich in engem Kontakt; die Kirchen, die Gewerkschaften usw. sollen folgen. Wir müssen das auch von der

Marktseite her beleuchten, um dann noch einmal in den Koalitionsausschuss zu gehen. Entweder wir sagen, wir fassen das Ding nicht an, da können wir eh nichts retten, oder wir sagen, wir finden einen Kompromiss, bei dem wir den Sonntag nicht anfassen, aber viele andere sinnvolle Lösungen, die Arbeitsplätze sichern.

Hier noch ein kleiner Gedanke für die SPD: Man schützt die Arbeitnehmerrechte nicht immer nur dadurch, dass man überhaupt nichts ändert und alles lässt, wie es ist. Die Folge kann nämlich sein, dass der Einzelhandel dann dichtmacht und das Päckchen künftig aus Asien kommt. Die einheimische, vorher zu schützende Verkäuferin ist dann arbeitslos. Insofern müssen wir das schon auch aus der Sicht der Arbeitsplatzsicherung sehen mit dem größtmöglichen Arbeitnehmerschutz. Ein Arbeitnehmer mit Arbeitsplatz ist mir aber auf alle Fälle lieber als ein arbeitsloser Arbeitnehmer, den wir vielleicht zu Tode geschützt haben.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist so substanzlos!)

Wir müssen das auf eine Basis stellen, für die ich hier im Haus eine Mehrheit bekomme. Deshalb ist dieses Thema noch nicht ausdiskutiert. Ich wüsste, wo ich hin will, aber davon muss ich andere noch überzeugen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Minister. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst hat sich Frau Kollegin Annette Karl von der SPD gemeldet. Frau Karl, bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben jetzt mit sehr vielen Worten sehr wenig gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte das gerne etwas konkreter. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie im Gegensatz zu den Aussagen der beiden Regierungsparteien hier vor zehn Minuten sehr

wohl vorhaben, ein bayerisches Ladenschlussgesetz auf den Weg zu bringen, mit diversen Lockerungen von Öffnungszeiten? – Das ist das eine. Zum anderen: Was den Schutz der Arbeitnehmer angeht, da kann ich Ihnen viele Vorschläge machen, zum Beispiel ein Tariftreue- und Vergabegesetz und viele andere Dinge mehr.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt aber hätte ich gerne eine Antwort auf meine Frage.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Natürlich, ich mache keinen Hehl daraus, dass wir FREIEN WÄHLER zu Wahlkampfzeiten und bei den Koalitionsverhandlungen, aber auch darüber hinaus uns überlegt haben, ob wir und wie wir die Dinge ändern. Dazu gibt es verschiedene Vorschläge, die sinnvoll sind. Da ist eine Schnittmenge zu suchen. Wenn ich die nicht finde, dann wird eben alles bleiben, wie es ist. Wenn wir aber mit guten Argumenten auf beiden Seiten durchkommen und die Mehrheit sagt: Okay, das rechtfertigt ein eigenes Ladenschlussgesetz, dann würde ich dafür sein, ein eigenes Gesetz in Bayern auf den Weg zu bringen. Ich gehe aber nicht mit dem Kopf durch die Wand. Wenn es keine Mehrheiten gibt, dann muss es bleiben, wie es ist. Das ist aber vielleicht eine suboptimale Lösung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für eine weitere Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Martin Hagen von der FDP gemeldet.

Martin Hagen (FDP): Herr Minister, heute sind wir einmal nicht als Quälgeist, sondern als Eheberater einer offenbar uneinigen Koalition hier. Wir haben Ihren Parteifreunden und Ihrem Koalitionspartner eine Vorlage gegeben, Ihre Politik zu unterstützen mit dem Antrag, dass der Landtag Ihren Vorstoß begrüßt. Dazu können sich aber weder CSU noch FREIE WÄHLER durchringen. Jetzt ist die Frage: Vermissen Sie den Rückhalt in der Koalition für Ihre Vorstellungen? Vor allem, was gilt denn nun, wenn der

Wirtschaftsminister vor einem Verband eine Position vertritt? Gilt das Wort des Wirtschaftsministers, gilt das Wort der Regierung? Oder sind Sie vielleicht gar nicht als Wirtschaftsminister dort, sondern als wahlkämpfender FREIER WÄHLER? Ich glaube, da haben die Verbände Klarheit verdient.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich glaube, eine Reflektion über deinen Rückhalt wäre auch angebracht!)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Liebe Leute, so funktioniert Politik. Die FDP ist, wenn sie irgendwo unterwegs ist, dann doch auch in Koalitionen unterwegs. Wenn wir bei allen Themen eindeutig deckungsgleich wären, dann gäbe es nicht zwei Parteien. Natürlich sind wir bei vielen Themen – und das ist ein Thema von wahrscheinlich hundert Themen – mit der CSU nicht deckungsgleich. Wir haben auch innerhalb der eigenen Partei verschiedene Strömungen. Der eine sagt, fass das Ding, auch taktisch gesehen, lieber nicht an, um das Feuer zu vermeiden. Aber wenn man für Arbeitsplätze im Einzelhandel verantwortlich ist und sieht, dass dort eine Riesennachfrage dazukommt, aber eben online, während die kleinen Einzelhändler wegbrechen, dann reicht es nicht, nur das Feuer zu vermeiden, sondern da braucht man Lösungen. Insofern gibt es in der Politik ein Ringen und Suchen nach den idealen Kompromissen. Auf dieser Kompromissuche bin ich und schaue, was hinten rauskommt. Ich freue mich über jeden, der mich auf diesem Weg unterstützt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

– Das ist doch nichts Neues.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Zu einer weiteren Wortmeldung aus der Staatsregierung hat sich die Staatsministerin für Soziales, Frau Carolina Trautner, gemeldet.

(Klaus Adelt (SPD): Premiere!)

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich kurzfassen, weil es eigentlich klar und eindeutig ist. Wir müssen uns klarmachen, dass das Ladenschlussrecht als soziale Leitplanke dient. Die werden wir ganz sicher nicht einreißen. Das haben wir im Koalitionsvertrag ganz fest so vereinbart und fühlen uns daran auch gebunden.

Lieber Herr Wirtschaftsminister, ich schätze dich persönlich sehr, aber das Ladenschlussrecht ist zuallererst ein Schutzgesetz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es geht da nicht um Wirtschaftsförderung, sondern es geht um den Schutz der Arbeitnehmer. Deshalb ist mein Haus dafür zuständig. Beim Ladenschlussgesetz geht es nicht nur um die Frage, wie lange die Geschäfte in Bayern öffnen dürfen; es geht auch um ein umfassendes gesellschaftliches Gut, nämlich die richtige Balance von Leben und Arbeiten. Es geht um das Gefüge unseres sozialen Miteinanders und des Lebens. Das dürfen wir nicht vergessen. Es geht um den Schutz der Beschäftigten.

(Beifall bei der CSU)

Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten würde das alles negativ beeinflussen. Das kann so nicht richtig sein. Wir haben das im Mai vergangenen Jahres gesehen. Es gab eine breite Ablehnung des Gesetzentwurfs der FDP. Auch das wurde schon gesagt.

Uns sind vor allem der Schutz der einzelnen Beschäftigten und ihrer Familien sowie eine aktive Bürgergesellschaft wichtiger als Einkaufen rund um die Uhr. Wir wollen das gesellschaftliche Miteinander der Menschen fördern und ihnen dafür Raum geben; denn die Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht der Mensch für die Wirtschaft.

Was hier von der FDP letztendlich vorgeschlagen wird, ist der erste Schritt zu einer Aufweichung des in Bayern gültigen Ladenschlussrechts zugunsten rein wirtschaftli-

cher Interessen ohne Auseinandersetzung mit den sozialen Folgen. Das ist mit uns und mit mir nicht zu machen. Deswegen lehnen wir den Dringlichkeitsantrag der FDP ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Trautner. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst eine Zwischenbemerkung der Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Frau Staatsministerin, herzlichen Dank für Ihre klaren Worte. Bedeutet das jetzt, dass ich bei Aussagen des Wirtschaftsministers vor Verbänden den Verbänden empfehlen sollte, immer erst bei den anderen Mitgliedern der Staatsregierung nachzufragen,

(Heiterkeit beim Abgeordneten Martin Hagen (FDP) – Beifall des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

ob diese Aussage auch für den Rest der Staatsregierung gilt?

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Liebe Frau Kollegin Karl, wir haben einen Koalitionsvertrag. Daran fühlen wir uns gebunden. Ich war bei dem Abend leider nicht dabei. Es ist vielleicht eine private Äußerung gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung von der Kollegin Julika Sandt.

Julika Sandt (FDP): Erstens würde mich interessieren, was eine private Äußerung des Ministers vor dem Verband ist.

Zweitens würde mich die Auffassung der CSU interessieren. Wir hatten in der letzten Sitzung des Sozialausschusses wie so oft eine Petition von einem Bürger, der den Ländenschluss lockern möchte. Da kam von Ihnen eine Erklärung, dass es auch darum geht, das soziale Leben – Sie haben es eben so ähnlich bezeichnet – der Menschen zu strukturieren. Sehen Sie es nicht als Bevormundung an, das Sozialleben, die Freizeit der Menschen in Bayern zu strukturieren? Sollten nicht die Menschen in Bayern selber entscheiden, wie sie ihr Leben strukturieren wollen?

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Zu beiden Aspekten eine kurze Antwort. Was eine private Äußerung vor Verbänden ist, das klären Sie bitte mit dem Herrn Minister. Das maße ich mir nicht an.

Natürlich sind wir alle Vertreter unserer Wähler. Insofern haben wir im Mai 2019 demokratisch abgestimmt, weil es damals eine ganz klare Beschlusslage gab. Wenn sich irgendwann neue Aspekte auftun sollten, werden diese wieder in den entsprechenden Gremien diskutiert. Dann kann sich jeder Abgeordnete sein eigenes Bild machen, wie er glaubt, die Menschen draußen im Land vertreten zu können. Das ist keine Bevormundung, sondern dafür sind wir als Parlament da.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/6156 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und der Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.